

DER GRÜNE BOTE



■ Gesundheitsreform 2000

Worum geht der Streit ?

Kaum lag im Mai 1999 der Entwurf für die Gesundheitsreform 2000 aus dem Gesundheitsministerium vor, brandete eine Welle von Veröffentlichungen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen diese Reform durch Deutschland. Angeführt wird diese Anti-Kampagne durch Krankenhausärzte, niedergelassene Ärzte und Vertreter der Krankenhäuser.

Warum diese heftigen Reaktionen ?

Die Gegner der Reform befürchten eine Rationierung medizinischer Leistungen. Sie befürchten, daß die Stabilität der Lohnnebenkosten wichtiger ist denn die medizinische Versorgung, was bedeuten kann, daß in Zukunft nicht mehr alle möglichen medizinischen Leistungen jederzeit und überall erhältlich sind. Und sie fürchten, daß die Krankenkassen zuviel Macht bekommen und es zu einem Personalabbau im Krankenhausbereich kommt. (RNZ vom 23.6.99 / RNZ vom 25.6.99)

Gleichzeitig melden sich aber auch Mediziner zu Wort, die ihren Kolleginnen aus Angst vor Einkommenseinbußen öffentliche Panikmache vorwerfen, „statt offen diese Befürchtungen zu äußern, wird die Bevölkerung in einem bisher nicht gekannten Ausmaß und einer neuen Qualität verunsichert ...“ (RNZ vom 23.6.99) Die Folge ist eine gesundheitsschädigende Verängstigung der Bevölkerung. Wilfried Beck, Vorsitzender des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte sagt weiter: „...die solidarisch finanzierte Absicherung des gesundheitlichen Risikos von 90% der Bevölkerung steht **ohne** diese Reform auf dem Spiel.“ (Dr.med.mabuse 120/Fachzeitschrift/Juli-August 1999)

Neben den inhaltlichen, gesundheitsrelevanten Fragen, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird, geht es auch um Geld - um viel Geld !

Anteil Gesundheitsausgaben am Brutto-Inlands-Produkt (in Mrd. DM)

<u>1980</u>	<u>1992</u>	<u>1994</u>
129,9	311,6	344,6
8,8 %	10,1 %	10,4 %

Aufteilung der Gesundheitsausgaben (in Mrd. DM)

	<u>1992</u>	<u>1994</u>
Insgesamt	311,6	344,6
Gesundheitsschutz	7,7	8,0
Ambulante Versorgung (insgesamt)	143,0	152,2
davon:		
Arztpraxen	41,8	47,8
Zahnarztpraxen	27,2	27,5
Nichtärztl. Praxen	8,0	9,0
Apotheken	44,6	43,5
Gesundheitshandwerk	17,3	18,4
Ambulante Pflege	3,6	5,4
Sonst. Einrichtungen	0,5	0,6
Stationäre Versorgung (insges., mit teilstat. Vers.)	132,4	151,0
Krankenhäuser	101,3	113,6
Vorsorge/Reha	10,8	12,9
Stat./Teilstat. Pflege	20,3	24,5
berufl./soziale Reha	0,1	0,0
Krankentransporte/Rettung	2,2	3,2
Verwaltung	18,3	21,5
Sonstiges (z.B. Taxi)	7,6	8,5
Ausland	0,3	0,3

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Im Brennpunkt

und es geht um Arbeitsplätze :

Beschäftigte im Gesundheitswesen 1994:

14,2 Mio. (= 12 % aller Erwerbstätigen)
10,6 Mio. in Arztpraxen
10,3 Mio. in Zahnarztpraxen
11,1 Mio. in Krankenhäusern
10,1 Mio. in Pharmazeut. Ind.
10,1 Mio. in öffentl. Apotheken
10,9 Mio. in nicht erfaßten Gesundheitssektoren
11,1 Mio. indirekt Beschäftigte

Wie Sie aus den beiden Tabellen ersehen können, nimmt der Brocken an den Gesamtkosten, den der stationäre Bereich der Gesundheitsversorgung - die Krankenhäuser - verantwortet, einen großen Anteil ein. So daß bereits seit Anfang der 90iger Jahre Maßnahmen zum Abbau von Krankenhausbetten durchgeführt wurden. Standen 1991 noch 665.565 Betten in 2.411 Krankenhäusern in Deutschland zur Verfügung - so waren es 1995 nurmehr 609.123 Betten in 2.325 Krankenhäusern und 1997 gar nur noch 581.000 Betten. Dieser Abbau fand bereits unter der alten CDU/FDP Regierung statt! Es kam z.B. von 1996 zu 1997 zu einem Abbau von 1,5 % der Beschäftigten im Krankenhausbereich (dabei stieg die Zahl der Ärzte, die des nichtärztlichen Personals sank)

Wichtig zu wissen ist aber hierbei, daß diese Rechnung nie aufging!

Denn: Gleichzeitig mit dem Abbau von Krankenhausbetten stieg die Fallzahl (das ist die Anzahl von Menschen, die als Patient im Krankenhaus stationär behandelt werden) von 1991 in Höhe von 13,9 Mio. über 1995 / 15,0 Mio. auf 1997 15,5 Mio. und die Kosten pro Fall (erkrankter Patient) stiegen von 1991 in Höhe von 5.021 DM auf 1995 in Höhe von 5.874 DM. Also noch weit mehr Menschen wurden stationär behandelt, zu immer höheren Kosten! (Zahlen und Fakten aus Die Schwester/Der Pfleger, 7/99 und H.Bauer/Gesundheitspolitik-Gesundheitsmärkte...)

Und hier setzt ein wichtiger Schritt der Gesundheitsreform 2000 auch an.

Was will die Gesundheitsreform 2000 inhaltlich?

Die Gesundheitsreform 2000 sieht im wesentlichen vor:

- ◆ die stärkere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung (siehe oben; aber

auch um die fast regelmäßigen Mehrfachuntersuchungen zu vermeiden)

- ◆ die Einführung einer Positivliste (damit unwirksame und zu teure Medikamente nicht mehr verordnet werden können)
- ◆ die Einführung eines Globalbudgets (das jährlich auf der Grundlage der Einkommensentwicklung neu bemessen wird -> diese Bindung an die Einkommensentwicklung ist sicher problematisch, da es dazu führen kann, daß z.B. die Einkommensentwicklung der Krankenhausbeschäftigten zukünftig von allgemein in Tarifverhandlungen ausgehandelten Lohnerhöhungen ausgenommen werden könnte -> da nicht finanzierbar!)
- ◆ die Stärkung des Hausarztmodells (Patienten sollen nur dann an den teureren Facharzt überwiesen werden, wenn wirklich notwendig)
- ◆ erweiterte Kompetenzen der Krankenkassen (sie verwalten obiges Globalbudget)
- ◆ veränderte Krankenhausfinanzierung (die Planung und die Investitionskosten für die Krankenhäuser gehen von den Ländern an die Krankenkassen)
- ◆ die Patientenrechte werden gestärkt (Zweitmeinung / Patientenberatung/finanzielle Unterstützung durch die Krankenkasse von Beratungsstellen/ die Kassen unterstützen ihre Versicherte bei der Verfolgung von Schadensersatzansprüchen aus Behandlungsfehlern)
- ◆ Wiedereinführung der kassenfinanzierten Gesundheitsförderung

Lesen Sie weiter auf Seite 3

 **NATURKOST-
KORNBLUME**

NATURWAREN

Lust auf Sommer ?

Sommerküche & Getränke
Salate, Sommer-Säfte, Eis u.
Leckerer für die Grillparty !

**Wiesenbacherstr. 36
69151 Neckargemünd**

- ◆ Selbsthilfe und Rehabilitation wird wieder zur Aufgabe der Krankenkassen gemacht
- ◆ Maßnahmen der Qualitätssicherung und Ergebnisvalidierung
- ◆ Praxisvernetzung und kostensparende Kooperationen
- ◆ Schaffung eines umfassenden Fall pauschalen systems
- ◆ Förderung der ambulanten Pflege und Einrichtungen für Pflegebedürftige

Und nicht zu vergessen sind die Regelungen, die bereits über das Vorschaltgesetz zum 1. Januar 1999 schlimme Ungerechtigkeiten aus der Kohl-Ära aufgehoben haben! (z.B. Verringerungen der Zuzahlung z.B. bei medikamenten, in Kurkliniken..., Beendigung von Leistungsausgrenzung, Verbesserung der Härtefallregelungen, z.B. für chronisch Kranke ...)

Sicher müssen an der einen oder anderen Stelle noch Veränderungen vorgenommen werden. Sicher sollte es zum fachlichen Austausch der Beteiligten kommen, aber ob Schweigen, wie die Mediziner auf dem Ärztekongress in Anwesenheit der Ministerin Fischer demonstrierten, die richtige Wortwahl ist ...?

Noch ist Zeit, Kritik fachlich vorzubringen, aber ob der wieder lauter werdende Ruf aus mancher Ecke der Ärzteschaft nach mehr Eigenbeteiligung der Patienten statt Globalbudgets der Richtige Weg ist mag ich bezweifeln. Sicher wird es durch dieses Gesetz zu einem Machtzuwachs der Kassen kommen, zu finanziellen Einbußen für manche niedergelassene Ärzte und die Pharmaindustrie.

Den Verlust von Arbeitsplätzen im stationären Sektor wird durch den Zuwachs im ambulanten Bereich mehr als wett gemacht und es bleibt die Chance auf eine weiter finanzierbare, solidarisch abgesicherte Gesundheitsversorgung. Das Gesetz wird insgesamt die Rolle der Patienten stärken und mehr Qualität und Transparenz ins Gesundheitswesen bringen. Trotz Kritik an einzelnen Passagen dieses Gesetzes sollten wir alles tun, daß diese Reform gelingt!

Bernhard Hofmann

(Literaturempfehlung: Dr.med.Mabuse/Nr. 120/ Juli-August 1999/Zeitschrift im Gesundheitswesen/Mabuse-Verlag/Frankfurt)

Unser Service für Sie :

**Neu & Gebrauchtwagenverkauf
Finanzierung & Leasing
Inzahlungnahme**

**Wartungs & Inspektionsarbeiten
TÜV & AU im Hause
Reifenservice
Unfallinstandsetzung
Achsvermessung
für fast alle Fabrikate**

**Renault-Service
Autohaus Franz Peuker GmbH
In der Au 7
69257 Wiesenbach
06223/5984**

Schmuckstudio Seiler 69257 Wiesenbach

Deywiesenstraße 1 / Hauptstr. 12

Telefon 06223 - 4845 87

- Aktuelle Kollektionen
von Gold / Silberschmuck
- Uhren
- Kinderschmuck
- Modeschmuck
- Neuanfertigungen
- Reparaturen
- Perlenkettenfäden
- Ohr / Nasenring stechen
- Batterien- und
Uhrarmbandwechsel

■ Wirtschaftsprüfergutachten

AKW Obrigheim und Stade unrentabel

Die Bündnisgrünen im Bundestag haben bei einer renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke Obrigheim und Stade untersuchen lassen. Es sollte geprüft werden, inwieweit Fortbetrieb oder Stilllegung der Anlagen (bei gleichzeitigem Bezug von Ersatzstrom zu Marktpreisen) wirtschaftlich sinnvoll sind.

Die in der Untersuchung verwendeten Daten sind öffentlich zugänglich und stammen von den Betreibern selbst (EnBW im Falle von Obrigheim und Preussenelektra im Falle von Stade).

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Unter der Annahme, dass die Beschaffung von Strom zu Marktpreisen problemlos möglich ist und hinreichende Rückstellungen für die Demontage und Entsorgung der Kraftwerke und Brennstäbe gebildet worden sind, ist die Option Stilllegung (und Fremdbezug) gegenüber der Option Fortbetrieb wesentlich günstiger.

a) Würde das AKW Obrigheim, dessen Betriebsgenehmigung bis zum Jahr 2007 läuft, sofort stillgelegt, könnte der Betreiber zwischen 2000 und 2007 insgesamt 490 Mio DM einsparen. Der Strom könnte um 2,3 Pf/kWh billiger zur Verfügung gestellt werden.

(b) Würde das AKW Stade, dessen Betriebsgenehmigung bis zum Jahr 2012 läuft, sofort stillgelegt, könnte der Betreiber zwischen 2000 und 2012 insgesamt rd. 1,1 Mrd DM einsparen. Der Strom könnte um 1,7 Pfg/kWh billiger zur Verfügung gestellt werden.

(2) Die Wirtschaftsprüfer haben bei den Annahmen verschiedene „Puffer“ eingebaut und sind so hinsichtlich ihrer Aussagen auf der sicheren Seite.

(a) Der Bezugspreis für den zu beschaffenden

Ersatzstrom wird mit 5 Pf/kWh eher hoch angenommen. Die tatsächlichen Importpreise für Strom liegen derzeit bei rd. 3 Pf/kWh.

(b) Trotz der Stilllegung werden die Betriebskosten schlicht fortgeschrieben, obwohl eher mit einem Absenken derselben zu rechnen wäre.

(c) Es wird davon ausgegangen, dass die Rückstellungen genau ausreichen, um die Entsorgung von Kraftwerk und Brennstäben zu decken. Es ist aber eher wahrscheinlich, dass die Höhe der Rückstellungen den tatsächlichen Finanzbedarf für Demontage und Entsorgung übersteigen.

(d) Die Verzinsung der Rückstellungen ist mit 6,5% pro Jahr realistisch.

*Ganz einfach, meine Herren!
Mit Rot/grün planen wir
einen langfristigen Atomausstieg
und mit der nächsten Regierung
den kurzfristigen Wiedereinstieg.*



Aus den Ergebnissen lassen sich folgende politische Schlüsse ziehen:

(1) Die Aktionäre der betroffenen Unternehmen müssten angesichts der präsentierten Ergebnisse ein natürliches Interesse an der schnellstmöglichen Abschaltung der AKW Obrigheim und Stade haben. Die Option „Stilllegung“ hat im Falle von Obrigheim einen

„Shareholder Value“ von 490 Mio DM, im Falle Stade von rd. 1,1 Mrd. Mit anderen Worten: Den Anteilseignern wird ein erheblicher Mehrwert vorenthalten, wenn die Anlagen bis zum Ende ihrer Laufzeit betrieben werden.

(2) Entschädigungsforderungen gegenüber dem Staat im Falle einer Stilllegung der betrachteten Anlagen wären widersinnig. Im Gegenteil: Die Anlagenbetreiber müssten demjenigen, der die Stilllegung dieser AKW fordert, dankbar sein.

(3) Der Bezieher von Strom aus den AKW Obrigheim und Stade muss einen überhöhten Strompreis zahlen, nur weil aus offenbar ideologischen Gründen am Betrieb nicht wettbewerbsfähiger Anlagen festgehalten wird.

(4) Die beauftragten Wirtschaftsprüfer verweisen darauf, dass die präsentierten Ergebnisse nur für die beiden betrachteten AKW gelten. Es lässt sich aber mit hoher Plausibilität annehmen, dass die Resultate im Falle anderer alter und kleiner AKW identisch oder zumindest ähnlich wären.

Lesen Sie weiter auf Seite 5

(5) Bündnis 90/Die Grünen sind sich bewusst, dass mit einer rein betriebswirtschaftlichen Begründung nicht die Stilllegung aller AKW begründet werden kann, sondern nur die der alten und kleinen Anlagen, die keine Kostendegression durch Grössenvorteile realisieren können. Unser Ziel, eine zukunfts-fähige Energieversorgung ohne Atomkraft, werden wir deshalb auch in Zukunft mit ökologischen, ökonomischen und technologiepolitischen Argumenten gleichermaßen begründen.

Warum werden die betrachteten unwirtschaftlichen Anlagen von den Betreibern nicht selbst stillgelegt?

(1) Atomkraft ist eine „politische“ Energie. Offenbar befürchten die AKW-Betreiber, dass eine betriebswirtschaftlich motivierte Abschaltung vor Ablauf der Genehmigungszeit zu einem weiteren Akzeptanzverlust dieser umstrittenen Energieform führt.

(2) Möglicherweise betrachten die AKW-Betreiber die unwirtschaftlichen Anlagen als „Verhandlungsmasse“ im Zuge der energiepolitischen Konsenssuche.

(3) Solange im Strommarkt kein Wettbewerb und damit keine Kostentransparenz herrschte, war es möglich, Mehrkosten auf die Kunden abzuwälzen.

(In)

■ Zwischenlager in Obrigheim

Es wird Ernst

Das atomare Zwischenlager in Obrigheim soll einem Bericht der Stuttgarter Zeitung zufolge noch im Herbst in Betrieb genommen werden. (StZ 13.07.99)

Die Bürgerinitiative „AKW Obrigheim abschalten“ hat gegen das Zwischenlager geklagt, weil die Genehmigung wesentliches unbeachtet läßt:

- beim Abriß der Hauptkühlmittelleitung im AKW werden die Brennelemente (BE) im externen BE-Lagerbecken nicht mehr gekühlt.
- das Lager ist, wie das AKW selbst, nicht gegen Erdbeben, gegen Flugzeugabsturz und gegen äußere Druckwellen bei Explosionen gesichert.
- das radioaktive Inventar der Gesamtanlage, erhöht sich um das 12 fache.
- die Kapazität des Zwischenlagers reicht für weitere 27 Betriebsjahre des AKW.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung, dazu müßten wir nochmals einen entsprechen-

In eigener Sache

Die Grünen im Krieg

Die eigenmächtige Militäraktion der NATO in Jugoslawien und die Beteiligung der Bundeswehr daran wurde von Bundesaußenminister Fischer, seinen grünen KabinettskollegInnen und der Mehrheit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Das hat zu einer heftigen Auseinandersetzung in der ganzen Partei geführt. Ungefähr 40 Prozent der Parteimitglieder lehnten den NATO-Einsatz ab.

Die Wiesenbacher Grünen haben sich sehr konstruktiv mit dem Thema befaßt. Obwohl das Meinungsspektrum von einhelliger Ablehnung bis zu voller Unterstützung des Fischer-Kurses reichte, verlief die auch emotionsgeladene Debatte in einer Atmosphäre der Toleranz. Übrigens im Rahmen eines öffentlichen Treffens des Ortsverbands. Diese Auseinandersetzung wird grüne Politik in Wiesenbach wohl kaum beeinträchtigen.

Heinz-Ludwig Nöllenburg

den Antrag vor Gericht stellen. Das wird teuer. Die Klärgemeinschaft ist deswegen ganz dringend auf Spenden angewiesen. Sie ist für jeden noch so kleinen Betrag dankbar.

Spendenkonto:

Christine Denz „AKW Obrigheim abschalten“

Sonderkonto Zwischenlager

Kto Nr. 10 94 297 bei der Ökobank Frankfurt/M.

(BLZ 500 90 100)

(In)

■ Und nochmal Obrigheim

Prost Neujahr 2000

Wie aus gut informierten Kreisen zu hören ist, wird die gesamte Belegschaft des AKW Obrigheim den Jahrtausendwechsel gemeinsam verbringen. Grund dafür ist nicht ein gemeinsames großes Fest in der Betriebskantine... ..es bestehen vielmehr Bedenken hinsichtlich der Jahrtausendfähigkeit einzelner Betriebsteile. Na, denn prost !

(In)

Jenseits von Wiesenbach

■ Lokale Agenda 21

Eine Agenda für den Gemeindeverwaltungsverband

Entstanden war die Idee, in Neckargemünd und den umliegenden Gemeinden eine lokale Agenda 21 auf die Beine zu stellen, im Mai 1998 während eines Wochenendseminars, das vom DGB-Ortskartell Neckargemünd organisiert worden war. Die sieben Interessierten kamen aus Neckargemünd, Bammental und Wiesenbach - deshalb lag der Gedanke nahe, den eigentlich nur in der Verwaltungstheorie bestehenden Gemeindeverwaltungsverband (inklusive Gaiberg), im Sinne einer Lokalen Agenda mit Leben zu erfüllen. Um möglichst breite Bevölkerungsteile anzusprechen, wurde als Partner eine neutrale Einrichtung gefunden, die eine große Akzeptanz in der Bevölkerung aufweist und über die organisatorischen sowie räumlichen Möglichkeiten verfügt: die Volkshochschule Eberbach-Neckargemünd.

Jetzt ging es an die konkrete Planung und Aufgabenverteilung des Projektes. Im Frühjahrssemester 1999 wurden vier Impulsveranstaltungen in der VHS durchgeführt, die grundsätzlich über das Thema "Lokale Agenda 21" informieren und Ausgangspunkt für eine eigene Agenda werden sollten. Die Initiativgruppe übernahm die Aufgabe, geeignete Referenten zu gewinnen, während die VHS die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernahm und als Veranstalter auftrat.

Der Zuspruch war zunächst auch ganz zufriedenstellend: Zu dem einführenden Vortrag "Lokale Agenda 21 - Was ist das?" von Dr. Hans Diefenbacher, dem Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche Deutschlands, kamen immerhin gut 50 Interessierte, die Bundesvorsitzende des BUND, Dr. Angelika Zahrt, schaffte es gar, mit ihrem Vortrag zum Konzept der Nachhaltigkeit den Neckargemünder Bürgersaal mit mehr als 70 Personen recht gut zu füllen. Einen Dämpfer versetzte den Initiatoren dann die magerere Beteiligung an der dritten Veranstaltung - ausgerechnet als es konkreter wurde: Gerd Oelsner vom Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz (LFU) berichtete über bereits bestehende Lokale-Agenda-Projekte in Baden-Württemberg. Trotz der nur etwa 25 Anwesenden wurde eine lebhafte Diskussion geführt. Bei dem abschließenden "Agenda Forum" im Mai referierten zunächst Vertreter des Stadtbauamts Neckargemünd und die Umwelt-

beraterin für Bammental und Wiesenbach, Frau Fridetzki, über den Ist-Stand von Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Ihren Kommunen. Für das weitere Vorgehen einigten sich die Anwesenden auf die Einrichtung von fünf Arbeitsgruppen: Verkehr, Energie, Soziales, Konsumgewohnheiten und Naturschutz sowie auf die Planung einer Zukunftswerkstatt. Die inhaltliche Feinarbeit und auch die Frage, ob auf örtlicher oder doch auf gemeindeübergreifender Ebene gearbeitet werden soll, wird am 6. Juli in Angriff genommen. Es bleibt zu hoffen, daß es durch arbeitsfähige und konstruktive Projektgruppen gelingen wird, auch die gewählten GemeindevertreterInnen zu einem verstärkten Engagement zu bewegen. Denn nur dann können Gemeinderatsbeschlüsse zur Unterstützung einer Lokalen Agenda 21 erwirkt oder - wie im Falle Wiesenbachs, wo ein solcher Grundsatzbeschluss bereits Anfang des Jahres gefaßt wurde - mit Leben erfüllt werden.

(Aus einem Bericht von Jochen Benkö (VHS) in der Zeitschrift „Umwelt Direkt“, August 99)

Anmerkung der Redaktion:

Voraussichtlich Ende September/Anfang Oktober wird die Wiesenbacher BUND-Ortsgruppe als überparteiliche Organisation zu einem offenen Treffen einladen, bei dem erste Beratungen darüber stattfinden sollen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger in die Erarbeitung und Umsetzung einer Lokalen Agenda für unsere Gemeinde Wiesenbach einbringen können. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

■ VRN-24-Stunden-Ticket

Kreistagsgrüne gegen Abschaffung auf Raten

Die grüne Fraktion im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises wurde jetzt erneut für das beliebte Ticket "24 Plus" des Verkehrsverbundes mit einem Antrag initiativ. Mit dem klaren Votum des Kreistags für den Erhalt des Tickets vom Frühjahr des Jahres konnten die Diskussionen noch nicht gestoppt werden.

Den Grünen liegen neue Informationen über eine Reihe geplanter Einschränkungen und Verteuerungen für den "24Plus-Fahrschein" vor. In der Unternehmensgesellschaft (URN) des Verkehrsverbundes, in der die Betreiber seiner Bus- und Bahnverbindungen zusammenschlossen sind, werde nach wie vor über Ein-

schränkungen der kundenfreundlichen Mitnahmeregelungen beraten, heißt es dort. Außerdem gebe es ganz aktuelle Überlegungen, das Ticket sehr stark zu verteuern. Die für mehr als 5 Waben gültige Version soll demnach im Jahr 2000 24 DM kosten und ab dem Jahr 2001 bis zu 27 DM teuer werden.

Das Ticket "24 Plus", so die Kreistagsgrünen, sei ein wichtiger Baustein für den Erfolg des VRN, der vor wenigen Tagen mit dem 10-jährigen Jubiläum gefeiert worden sei. Seine Tarifbestimmungen seien leicht verständlich, sein Bekanntheitsgrad sei in der Bevölkerung sehr hoch. Die familien- und gruppenfreundlichen Mitnahmeregelungen und die angemessenen Preise hätten dazu beigetragen, einen bedeutenden Teil des Freizeitverkehrs vom motorisierten Individualverkehr auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu verlagern. Das Ticket "24 PLUS" sei ein wichtiger Sympathie- und Werbeträger für den ÖPNV in der gesamten Region.

Vor dem Hintergrund dieser Erfolge könne man kein Verständnis für die geplanten Einschnitte und Änderungen haben. Die Grünen wollen erreichen, daß Kreistag und VRN-Verbandsversammlung den Bestand des "24Plus" sichern. Die Unternehmen müssten endlich auch aus der Deckung heraustreten und die mehrfach behaupteten Defizit-Ergebnisse beim "24PLUS" offenlegen.

Anina Mischau, Kreisrätin

■ Gentech-Weinreben

Schritt in die falsche Richtung

„Die Freisetzungversuche mit gentechnisch veränderten Weinreben sind ein Schritt in die falsche Richtung“, beurteilte Ulrike Hoefken MdB in einer Pressemitteilung am 21. Juli den bevorstehenden Freilandanbau zu Versuchszwecken. Die landwirtschafts- und verbraucherpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion erklärte in Bonn, die Hoffnung auf eine erhöhte Widerstandskraft gegen Mehltau durch die Verpflanzung von Gersten-Genen sei sehr vage. Den Weg für widerstandsfähige Weinreben und eine Qualitätsweinerzeugung ohne chemische Keule zeigten die guten Ergebnisse der deutschen Winzer und insbesondere der Ökologische Weinbau seit vielen Jahren auf. Der deutsche Wein habe sich im Laufe der letzten Jahrzehnte einen guten Ruf als Qualitäts-

produkt erworben. Die Einführung gentechnischer Methoden in den Weinbau drohe nun das Vertrauen der VerbraucherInnen unnötig und leichtsinnig aufs Spiel zu setzen und den deutschen Wein in die roten Zahlen zu treiben. Alle Umfragen zeigten, daß sich die VerbraucherInnen unverfälschte Nahrungsmittel ohne Gentechnik wünschten. Das gelte ganz besonders für Kultur- und Genußgüter wie den Wein. Die Einführung von gentechnisch verändertem Wein müsse sich wie alle technischen Innovationen sowohl einer kritischen Kosten-Nutzen-Analyse als auch einer Risiko-Analyse stellen. KritikerInnen befürchteten Gefahren für Umwelt und Gesundheit beim Anbau gentechnisch veränderten Weins. Diese Risiken seien noch nicht überschaubar. Der Schaden für das gute Image des Deutschen Weins sei aber - selbst wenn der gentechnisch veränderte Wein erst in 20 Jahren auf dem Markt komme - heute schon sicher.

„Wir werden nach Wegen suchen, um diesen Irrweg zu beenden und dem deutschen Wein seinen guten Ruf zu wahren“, versprach Ursula Hoefken für die Fraktion.

(In)



GETRÄNKE KERN

Breites Sortiment · Bester Service
Ihre Quelle gegen den Durst seit über 15 Jahren!

Getränke Kern GmbH
In der Au 8 · 69257 Wiesenbach
☎ (0 62 23) 4 03 55 · Fax 4 94 84



Aus Wiesenbach

■ Gewerbegebiet „In der Au“

Kritik ist gut - mehr Kritik ist besser

Es ist grundsätzlich beschlossene Sache, daß südlich der Straße „In der Au“ ein Gewerbegebiet entstehen soll. Welches Ausmaß dieses Gebiet nun endgültig haben wird, darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ob das Gebiet tatsächlich so weit Richtung Osten gezogen wird, daß erhebliche Erdbewegungen notwendig werden, um den dort befindlichen Taleinschnitt aufzufüllen, bleibt noch einigen Abwägungen vorbehalten. In unserer Gemeinde besteht eine Nachfrage an gewerblichen Bauflächen - vorwiegend als „Eigenbedarf“ für bereits im Ort vorhandene, aber beengt liegende Betriebe, die umsiedeln wollen. Außerdem wurde auch der Wunsch nach Ausweisung von Gewerbefläche „In der Au“ von dort bereits ansässigen Betrieben geäußert, damit expandiert werden kann.

Für uns Grüne hängt die Zustimmung zur Ausweisung von Gewerbegebieten davon ab, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, Handwerk und Mittelstand gefördert werden und die Umwelt weitgehendst geschont wird.

Der Gemeinderat kommt damit auch dem nachvollziehbaren Wunsch von hiesigen Gewerbetreibenden über die Auswahl des Gebietes nach. Es bestand Einigkeit, daß nur gering bzw. nicht emittierende Betriebe anzusiedeln sind. Neben einigen Kritikpunkten an der Planung, die z.T. absolut berechtigt sind, wird von Anwohnern und Anwohnerinnen der Straßen „In der Au“ und „Hohe Klinge“ in einem Schreiben an den gesamten Gemeinderat nebst Verwaltung vom 12.05.99 ganz konkret uns Grünen vorgeworfen, wir hätten mit unzutreffenden Gründen die Umgehungsstraße in Wiesenbach massiv „torpediert“ und würden nun einem Gewerbegebiet zustimmen, in dem sogar ein Autohaus angesiedelt werden soll. Hierzu muß doch kurz von unserer Seite Stellung bezogen werden: Die Umgehungsstraße wurde von uns nicht torpediert, also verhindert, sondern die Planungen werden auch hier kritisch verfolgt und beleuchtet. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen. Wir haben Umfragen im Dorf mittels des *Grünen Boten* durchgeführt und uns Gedanken über Alternativen gemacht. Dem Gewerbegebiet haben wir aus vorerwähnten Gründen zugestimmt und

werden auch hier bis zur Ansiedlung des Gewerbes jede kritische Stimme ernst nehmen und mit in unsere Abwägungen bei jeder neuen Entscheidung einfließen lassen. Kein Verständnis haben die Grünen im Gemeinderat allerdings für Aussagen nach dem Motto: Es kann bei uns im Dorf passieren was will, aber bloß nicht vor meiner Haustür.

Markus Bühler

■ Kommunalwahl 1999

Grüne haben ihre Liste gewählt

Die Gemeinderatswahlen am 24. Oktober dieses Jahres werfen ihre Schatten voraus. Am 14. Juli stimmten die Wiesenbacher Grünen in einer öffentlichen Mitgliederversammlung über ihre Kandidat(inn)en ab und präsentierten damit als erste politische Gruppierung am Ort ihre Liste. Für Bündnis 90/Die Grünen bewerben sich demnach um ein Gemeinderatsmandat:

1. Heinz-Ludwig Nöllenburg (Gemeinderat)
2. Markus Bühler (Gemeinderat)
3. Isabella Suske
4. Ingrid Hofmann
5. Heinz Lägler
6. Conny Brandt
7. Martin Suske
8. Maria Johmann
9. Gerhard Röger
10. Bärbel Neef
11. Kurt Lötsch
12. Dorothea Koch

Zur Kreistagswahl am 24. Oktober nominierte die Wahlkreisversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 21. Juli in Neckargemünd für unseren Wahlkreis die folgenden Kandidat(inn)en:

1. Anina Mischau (Kreisrätin aus Wiesenbach)
2. Lutz Lübcke-Stockdreher (Neckargemünd)
3. Juliane Gräbener-Müller (Bammental)
4. Max Haider (Gaiberg)

Dem Vorschlag, in Wiesenbach zu einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung mit allen zur Kommunalwahl antretenden Listen einzuladen, stehen die Bündnisgrünen aufgeschlossen gegenüber. Wenn diese Diskussion stattfindet, werden Ort und Zeit noch bekanntgegeben.
(In)

■ Gemeinderat in Langenzell

Anwohner präsentieren Entwicklungskonzept

Bietet sich für den Wiesenbacher Ortsteil Langenzell doch noch eine Perspektive, die die Interessen seiner Bewohner, der Gemeinde, der Umwelt und sogar die der Familie Löwenstein-Wertheim-Freudenberg für alle Beteiligten zufriedenstellend berücksichtigt? Können Denkmalschutz, Naturschutz und wirtschaftlicher Nutzen unter einen Hut gebracht werden?

Ein Langenzeller Bürger hat jetzt dem Gemeinderat eine „planerische Stellungnahme“ vorgelegt, die genau in diese Richtung zielt. Der Künstler Samuel J. Fleiner, Diplom-Ingenieur für Städtebau und für Landschaftsplanung, wohnt seit etlichen Jahren in der alten Gärtnerei. Sein Konzept findet wohl die Unterstützung der meisten Mieter, die derzeit in Langenzell leben.

Der Hintergrund dieser Initiative: Nach dem Verkauf der Ackerflächen an einen landwirtschaftlichen Investor aus dem Schwabenländle, der hinter dem langfristig vermieteten Neuen Schloß einen Aussiedlerhof bauen will, haben die Löwensteiner im März 1999 erneut einen Abrißantrag gestellt, der jetzt bis auf die Wohnhäuser alle ehemaligen Wirtschaftsgebäude umfaßt.

Fleiner sieht den alten Adelssitz als ein besonders reizvolles „Tor zum Kleinen Odenwald“ im Naherholungsgebiet Naturpark Neckartal-Odenwald, viel zu schade zum Plattmachen. Die Tatsache, daß heute schon viele Ausflügler und Touristen durch den Wiesenbacher Ortsteil kommen bestärkt den Planer darin, diesen Aspekt zum Dreh- und Angelpunkt für ein Konzept zur sinnvollen Weiternutzung der nicht nur ortshistorisch bedeutsamen Anlage zu machen. Die heute in Langenzell tätigen Künstler und Gewerbetreibenden könnten sich hier voll einbringen.

Fleiner sieht vor diesem Hintergrund verschiedene, miteinander kombinierbare Entwicklungsmöglichkeiten. Sie gehen von der Weiterentwicklung des im Kern schon bestehenden Künstler- und Kunsthandwerkerdorfs über den Aufbau einer Ausflugs- und Tagungsgastronomie, Gästezimmer für die Wing-Tsun-Kampfsport-Schule, Ausstellungsräume für historische Landmaschinen aus dem Fundus des Landesmuseums und der John-Deere-Werke in Mannheim bis zum Bau von Öko-Wohnhäusern und der Zucht von Süßwasserfischen.

Mit öffentlicher Förderung könnten die gegenwärtigen Mieter und weitere Interessenten dazu eine gemeinnützige GmbH gründen. Dabei erhofft sich Fleiner zumindest die politische Rückendeckung und ideelle Unterstützung der Gemeinde. Der Gemeinderat war beeindruckt.

(In)

Allen Urlaubern erholsame Sommerferien !!!
Die Wiesenbacher Grünen

TUCHE

by Stan

JA, HALLO? ... OH - DU BIST'S!
ICH DACHTE, IHR SEID IN
URLAUB ... AHA... WAS? OH!
ÄH - NA, MIT DEN ARMEN PUMPEN!

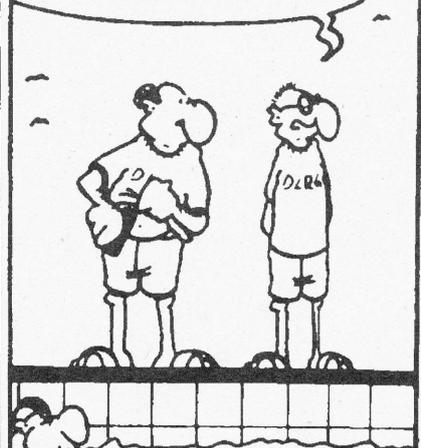


WASSER RAUSLAUFEN LASSEN
UND DANN ORDENTLICH LUFT
REIN, BIS ALLES WIEDER LÄUFT...
...JA... OKAY... TSCHÜS!

TSS ... DAS WAR KURT...
- AUS „BALI“! INGE IST
GRADE ABGESOFFEN!
- WAS SAGT MAN DAZU?



GLOBALISIERUNG...



Die letzte Seite

Bündnisgrüner Parteitag

Einst wollten wir die Welt vom Krieg erretten
Mit Schweigemärschen und in Menschenketten
Quer durch die deutsche Republik
Raketenbasen war´n das Werk des Bösen
Heiliger Böll, komm hilf uns beim Erlösen
Deutschlands von seinem Rüstungs-Tick.
Und ewig sollte unser Mut doch langen
Die USA hielt unser Land gefangen
Schön war die Zeit, war sie auch schwer
Lang lang ist´s her.

Wir sprachen aus dem Bauch mit Überlegung
Waren Herz und Hirn der Friedensbewegung
In lila Latzhosen mit Bart
Uns´re Kinder durften nicht Cowboy spielen
Strickend lernten wir zur Kamera schielen
Wir waren soft und sanft und zart
Wir liebten Gras- und Sonnenblumensamen
Als frisch wir damals zu den Grünen kamen.
Schön war die Zeit, war sie auch schwer
Lang lang ist´s her.

Initiativen zählten und die Gruppe
Legal und illegal, das war uns schnuppe
Hin zu Deutschland ohne Armee
Wir sprachen, während wir locker rotierten
Von Altparteien und von den Etablierten
Turnschuh-Minister war´n O.K.
Zwei deutsche Staaten hätt´n wir hingenom-
men
Doch nun ist das alles anders gekommen
Schön war die Zeit, war sie auch schwer
Lang lang ist´s her.

Heut ist diese Zeit nur noch Legende
Wir bevölkern lange schon die Parlamente
In Wiesloch, Bonn und in Berlin
Wir tragen Nadelstreifen, Schlips und Weste
Kapitalismus ist ziemlich das beste
Friedensgetaumel ist nicht in
Die Ökosteuer ließ sich nicht mehr retten
Jetzt schützen wir den Ölpreis mit Raketen
Schön ist die Zeit, früher war sie schwer
Aber heute nicht mehr.

Ein Krieg liegt uns nun länger nicht im Ma-
gen
Sind wir es doch, die diesen Staat mittragen
Aus grün wurde nato-oliv
Die Rüstungskonversion schläft im Regale
Es geht um Mehrheit, nicht um Ideale
Wir sind so schrecklich konstruktiv

Was scheren uns ideologische Kosten
Was zählt, das sind die Posten, Posten, Posten
Schön ist die Zeit, früher war sie schwer
Aber heute nicht mehr.

Peter Kühn

(Frei nach dem Gedicht „Sozialdemokratischer Parteitag“ von Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1921 zum „Kosovo-Parteitag“ der Bündnisgrünen im Frühjahr 1999)

Termine

8. September 1999

Boule-Turnier für Kinder und Jugendliche

Ferienprogramm der Wiesenbacher Grünen
Rathausplatz, 15:00 Uhr -18:00 Uhr

Adressen

**Vorsitzende des Ortsverbands Wiesenbach
von Bündnis 90 / Die Grünen:**

Ingrid Hofmann
Panoramastraße 40 Telefon: 46833

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Markus Bühler
Hauptstraße 53
Telefon: 970293 Fax: 970295
e-mail: markus.buehler@t-online.de

Heinz-Ludwig Nöllenburg
Schillerstraße 52
Telefon: 484121 Fax: 972313
e-mail: heinz-ludwig.noellenburg@t-online.de

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung
des Ortsverbands Wiesenbach von Bündnis 90/Die Grünen.
DER GRÜNE BOTE erscheint seit 1985. Jährlich werden
mindestens drei Ausgaben herausgebracht und
mit einer Auflage von 1300 Stück

kostenlos in alle Wiesenbacher Haushalte verteilt.

REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann
und Heinz-Ludwig Nöllenburg

V.i.S.d.P.: Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
69257 Wiesenbach
Tel: 06223-46833 Fax: 06223-972071
eMail: B.Hofmann-FOKUS.PE@t-online.de

ANZEIGEN: Martin Suske
In der Au 36
69257 Wiesenbach
Tel: 06223-47522 Fax: 06223-971185

DRUCK: MK Druck GmbH, 74927 Eschelbronn
Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion dar.